

Niederschrift

über die 7. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr (Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)

am Freitag, 05. Mai 2017, 13:00 Uhr – 13:50 Uhr Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen

Anwesende:

Mitglieder Dirk Schmidt Stadt Bochum

Wolfgang Rettich Stadt Bochum

Martin Schlauch Stadt Essen
Uwe Kutzner Stadt Essen
Christoph Kerscht Stadt Essen

Oswin Dillmann Stadt Gelsenkirchen
Dr. Klaus Haertel Stadt Gelsenkirchen
Silke Ossowski Stadt Gelsenkirchen
Werner Wöll Stadt Gelsenkirchen
Burkhardt Wüllscheidt Stadt Gelsenkirchen

Ulrich Syberg Stadt Herne Barbara Merten Stadt Herne Ingo Heidinger Stadt Herne

Dieter Wiechering
Claus Schindler
Christina Kaldenhoff
Ursula Schröder
Hans-Hermann Stollen
Stadt Mülheim an der Ruhr

Karl-Heinz Emmerich Stadt Oberhausen

Verwaltung: Hans-Jürgen Best Stadt Essen

Martin Harter Stadt Gelsenkirchen

Karlheinz Friedrichs Stadt Herne

Prof. Peter Vermeulen Stadt Mülheim an der Ruhr

Gäste: Michael Bongartz RVR

./.

Schriftführerin: Birgit Mollen Stadt Essen

Es fehlten

entschuldigt: Guntmar Kipphardt Stadt Essen

Dr. Markus Bradtke Stadt Bochum Pascal Krüger Stadt Herne Manuela Lukas Stadt Herne Sabine Lauxen Stadt Oberhausen Regina Wittmann Stadt Oberhausen

TOP Beratungsgegenstand

Drucksachen Nummer A) Öffentlicher Teil 1. Abstimmung der Tagesordnung 2. RFNP: Einleitungs- und Erarbeitungsbeschluss für zwei Änderungs-001 verfahren in Essen zum Regionalen Flächennutzungsplan: 1. 28 E "Gelsenkirchener Straße (ehem. Sportplatz Lindenbruch)" 2. 29 E "Lohwiese / Lünschermannborn / Friedhof Karnap" Referent: Herr Best. Essen 3. RFNP: Auslegungsbeschluss für ein RFNP Änderungsverfahren 002 22 MH "Düsseldorfer Straße / Kassenberg" Referent: Prof. Vermeulen, Mülheim an der Ruhr 4. Änderung Sitzungstermin 2017 003 5. Aktuelle Entwicklungen in der Region Sachstand Regionalplanung

- Referent: Herr Bongartz (RVR)
- Grundsatzbeschluss der Stadt Duisburg zur Realisierung eines Designer-Outlet-Centers (DOC) **Referent: Herr Best**
- 6. Anträge
- 7. Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 8. Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentlicher Teil

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dieter Wiechering, eröffnet um 13:00 Uhr die siebte Sitzung des vbA zum Regionalen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen.

Er stellt nunmehr fest, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung fristgerecht übersandt wurden.

1. Abstimmung der Tagesordnung

Herr Wiechering ruft die Tagesordnung auf. Er bittet darum, die Tagesordnung unter TOP 5., um eine Tischvorlage der SPD Fraktionen Mülheim an der Ruhr, Gelsenkirchen und Bochum zu ergänzen. Diese Änderung der Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

- RFNP: Einleitungs- und Erarbeitungsbeschluss für zwei Änderungsverfahren in Essen 001 zum Regionalen Flächennutzungsplan:
 - 1. 28 E "Gelsenkirchener Straße (ehem. Sportplatz Lindenbruch)"
 - 2. 29 E "Lohwiese / Lünschermannborn / Friedhof Karnap"

Referent: Herr Best, Essen

Herr Best, Stadt Essen, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die einleitende Beschlussfassung zu den Änderungsverfahren

- 28 E "Gelsenkirchener Straße (ehem. Sportplatz Lindenbruch)", mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Wohnungsbauentwicklung auf einer ehemaligen Sportplatzfläche geschaffen werden sollen, sowie
- 29 E "Lohwiese /Lünschermannborn / Friedhof Karnap", mit dem eine nicht mehr benötigte Friedhofserweiterungsfläche und ein angrenzender Spiel- und Bolzplatz zu einer Wohnbaufläche entwickelt werden soll.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Zu den Ausführungen der Verwaltung gibt es keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name> beschließt gemäß § 19 Abs. 1 in Verbindung mit § 39 Landesplanungsgesetz und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch die Erarbeitung der folgenden Änderungen zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) und die Einleitung der entsprechenden Planverfahren:

28 E Gelsenkirchener Str. (ehem. Sportplatz Lindenbruch)

29 E Lohwiese / Lünschermannborn / Friedhof Karnap

Die Beschlussfassung zu den Verfahren erfolgt einstimmig.

3. RFNP: Auslegungsbeschluss für ein RFNP Änderungsverfahren 22 MH "Düsseldorfer Straße / Kassenberg" Referent: Prof. Vermeulen, Mülheim an der Ruhr

002

Herr Prof. Vermeulen führt einleitend die Gründe für ein RFNP-Änderungsverfahren im Bereich der ehemaligen Lederfabrik Lindgens in Mülheim an der Ruhr, in räumlicher Nähe zur Innenstadt und den Ruhrauen, aus. Herr Blasch, Stadt Mülheim, erläutert anhand einer Power-Point Präsentation die Absicht der Stadt Mülheim zwischen Mülheim Zentrum und Mülheim Saarn in landschaftlich attraktiver Lage auf dem Gelände der "Alten Lederfabrik Lindgens" eine Mischnutzung von Wohnen und Gewerbe zu realisieren. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung 2015 wurden die wesentlichen Stellungnahmen zum Abriss der Fabrik vorgebracht. Für das Gelände ist parallel zum förmlichen Verfahren ein städtebaulicher Wettbewerb in Vorbereitung.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurden insbesondere Anregungen zur Verträglichkeit der geplanten Nutzungen mit einem Seveso-II-Betrieb vorgebracht. Dieser Konflikt lasse sich bewältigen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Zu den Ausführungen der Verwaltung gibt es keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

 Der Rat der Stadt <Name> nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zu dem RFNP-Änderungsverfahren 22 MH zur Kenntnis. 2. Der Rat der Stadt <Name> beschließt die öffentliche Auslegung und Beteiligung der öffentlichen Stellen und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum RFNP

22 MH "Düsseldorfer Straße / Kassenberg".

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

4. Änderung Sitzungstermin 2017

003

Die von der Verwaltung gemachten Terminvorschläge für die nächste Sitzung des vbA im Oktober 2017 werden aufgrund einer Terminkollision bei den Vertretern der CDU Fraktionen abgelehnt.

Der verfahrensbegleitende Ausschuss beschließt daher an folgendem Sitzungstermin 2017 zu tagen:

Freitag, den 10.11.2017, um 13.00 Uhr

Sitzungsort ist das Rathaus der Stadt Essen, die Vorbesprechungen beginnen jeweils 30 Minuten vor der Sitzung.

Der Sitzungstermin wird einstimmig beschlossen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

5. Aktuelle Entwicklungen in der Region

Sachstand Regionalplanung Referent: Herr Bongartz (RVR)

Herr Bongartz, erläutert anhand einer Power Point Präsentation den Sachstand zum RegionalplanRuhr. Er referiert noch einmal kurz die Historie, den Planungsprozess (explizit das Instrument des Regionalen Diskurses) und erläutert Impressionen verschiedener Foren und Ausschusssitzungen beim RVR. Nach den Kommunal-, Kreis- und Fachgesprächen und der Erstellung einer Arbeitskarte werden aktuell die textlichen Grundlagen (Ziele und Grundsätze, Begründung, Erläuterungen) erarbeitet. Die nächsten Beratungsschritte sehen im Mai 2017 eine Befassung des AK Regionaler Diskurs und einer Sondersitzung des Planung-, Umwelt- und Wirtschaftsausschusses mit den bisherigen Ergebnissen vor.

Herr Bongartz führt aus, dass der Landesentwicklungplan NRW zwischenzeitlich Rechtskraft erlangt habe und somit ein einheitliches kongruentes Planwerk zur Verfügung stehe. Der RegionalplanRuhr sei bereits darauf ausgerichtet.

Als Abschluss des informellen Vorverfahrens wird am 14.11.2017 das "Regionalforum Wege" durchgeführt.

Der Zeitplan sieht den Erarbeitungsbeschluss als Start des formellen Planverfahrens für Ende 2017 / Anfang 2018 vor. Das formelle Beteiligungsverfahren mit einer Beteiligungsfrist der Träger von voraussichtlich 6 Monaten schließt sich an.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Grundsatzbeschluss der Stadt Duisburg zur Realisierung eines Designer-Outlet-Centers (DOC) Referent: Herr Best

Herr Best, Stadt Essen, gibt anhand einer PPP Präsentation einen Sachstandsbericht zum "Grundsatzbeschluss der Stadt Duisburg zur Realisierung eines Designer-Outlet-Centers (DOC)". Er erläutert das Vorhaben (Lage, Größe, Anzahl der Geschäfte und Parkplätze) im Vergleich zu bestehenden DOC/FOC sowie vorherige Entwicklungsziele für die Fläche und das weitere Vorgehen. Darüber hinaus gibt er eine Einschätzung des Vorhabens in der Region im Rahmen der Diskussion im Lenkungskreis der Städteregion Ruhr sowie der Planer-Beigeordnetenkonferenz beim RVR. Die Durchführung eines regionalen Moderationsverfahrens, z.B. unter der Moderation des RVR, sei wünschenswert. Aktuell hat die Stadt Duisburg ein Bürgerbegehren gegen das DOC zugelassen.

Herr Best ergänzt, dass seitens der Kommunen ein interkommunales Abstimmungsinteresse bestehe. Herr Wiechering bedankt sich für die objektive und sachgerechte Darstellung seitens der Verwaltung und verweist auf den Antrag der drei SPD-Fraktionen aus Mülheim an der Ruhr, Bochum und Gelsenkirchen (Tischvorlage, s. Anlage).

Herr Emmerich, Stadt Oberhausen, fragt, ob und inwieweit eine politische Positionierung bzw. ein Beschluss zum DOC Duisburg kontraproduktiv sein könnte und die Ziele der Stadt Duisburg Regionalplankonform seien? Herr Bongartz antwortet, dass eine Prüfung der Kongruenz des Vorhabens mit dem Regionalplan erst auf Grundlage qualifizierter Planunterlagen erfolgen werde. Generell sei eine Festlegung als Allgemeiner Siedlungsbereich erforderlich.

Herr Wüllscheidt, Grüne Gelsenkirchen, führt für seine Fraktion aus, dass die Haltung der Grünen mit der der SPD vergleichbar sei und kündigt an, den Antrag der SPD als politische Positionierung mitzutragen.

Herr Dr. Haertel, SPD Gelsenkirchen, dankt Herrn Best für den guten, informativen Vortrag und die politische Positionierung. Auch er spricht sich gegen das DOC Duisburg aus. Die SPD Fraktionen aus Bochum, Gelsenkirchen und Mülheim an der Ruhr haben hierzu einen gemeinsamen Beschlussvorschlag (s. Anlage) formuliert. Die Auswirkungen des DOC werden für potenziell problematisch erachtet und die Innenstädte müssten geschützt werden. Deutliche Kritik gäbe es auch von der Industrie- und Handelskammer, die schädliche Auswirkungen für den Einzelhandel in Duisburg und Umgebung befürchte. Herr Dr. Haertel macht deutlich, dass der Beschluss noch keine abschließende Positionierung etwa für das Beteiligungsverfahren darstelle, jedoch eine kritische Grundhaltung als politisches Signal deutlich machen solle.

Herr Syberg, SPD Herne, fragt nach dem Kreis der Beteiligten im Rahmen des / der formellen Planverfahren(s). Herr Bongartz führt aus, dass sich dieser Kreis v.a. aus der Auswirkungsanalyse des zu erstellenden Einzelhandelsgutachtens ergebe.

Beschlussvorschlag:

"Der verfahrensbegleitende Ausschuss spricht sich gegen das Duisburger Vorhaben eines Designer-Outlet-Center (DOC) mit 140-175 Outlet-Stores aus."

Der Antrag wird einstimmig, bei einer Enthaltung beschlossen.

Darüber hinaus wird eine Moderation mit den Gemeinden und ein entsprechendes einzelhandelsbezogenes Verträglichkeitsgutachten für erforderlich gehalten.

Das Votum des vbA RFNP soll einer breiten Öffentlichkeit in Form einer Presseerklärung aller RFNP Städte bekanntgemacht werden. Federführend wird diese Pressemitteilung von der Stadt Essen erstellt und mit den Pressestellen der anderen RFNP-Städte abgestimmt (Anm.: ist bereits erfolgt). Außerdem soll der OB in Duisburg von dieser Vorgehensweise unterrichtet werden.

6. Anträge

./.

7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

./.

8. Mitteilungen der Verwaltung

Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 2. bis 5. sind als Anlage beigefügt und stehen zusätzlich auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter http://www.staedteregion-ruhr-2030.de als download bereit.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 13.50 Uhr geschlossen.

B) Nicht öffentlicher Teil

./.

Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.

Die Sitzung wird um 13.50 Uhr geschlossen.

gez. Wiechering
Ausschussvorsitzender

gez. Mollen Schriftführerin

<u>Anlagen</u>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr



Auerstraße 13 45468 Mülheim an der Ruhr

Tel.: 0208 - 459 35 20 Fax: 0208 - 459 35 23

E-Mail: <u>info@spd-fraktion-muelheim.de</u> www.spd-fraktion-muelheim.de

5. Mai 2017

ENTWURF

Betrifft:

Antrag zu TOP 5 "Grundsatzbeschluss der Stadt Duisburg zur

Realisierung eines Designer-Outlet-Centers (DOC)"

Beschlussvorschlag:

Der verfahrensbegleitende Ausschuss spricht sich gegen das Duisburger Vorhaben eines Designer-Outlet-Center (DOC) mit 140 - 175 Outlet-Stores aus.

Begründung:

Das DOC Duisburg wäre das größte seiner Art in Deutschland und annähernd so groß wie das DOC im holländischen Roermond mit rund 35.000 m² Verkaufsfläche.

Grundsätzlich kann das Vorhaben derzeit nur eine kritische Beurteilung erhalten, da es eine weitere Gefährdung für alle in der Nähe befindlichen Innenstädte, neben der Duisburger Innenstadt insbesondere der direkt benachbarten Innenstädte Mülheims und Oberhausens, aber darüber hinaus auch mit Auswirkungen auf die nicht unmittelbar benachbarten Innenstädte, darstellt. Ein weiteres Shopping-Center außerhalb unserer gewachsenen Innenstädte wird in der Region nicht benötigt.

gez. Dieter Wiechering SPD-Fraktion Mülheim an der Ruhr